

62/E XXIV. GP

Entschließung

des Nationalrates vom 19. November 2009

betreffend die weltweite Unterstützung von Meinungsfreiheit und MenschenrechtsverteidigerInnen

Die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten werden angesichts der vielerorts weiterhin anhaltenden groben Missachtung der Menschenrechte ersucht,

1. sich eingedenk des 20-jährigen Jahrestages des Falls des Eisernen Vorhangs fortgesetzt für Meinungs- und Versammlungsfreiheit, sowie für die Rechte von MenschenrechtsverteidigerInnen in allen Teilen der Welt einzusetzen;
2. die LeiterInnen der österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland anzuhalten, in enger Koordination mit den EU-Partnern aktiv die Situation der MenschenrechtsverteidigerInnen zu verfolgen und diese in geeignet erscheinender Form zu unterstützen;
3. Maßnahmen der Menschenrechtsbildung als wirksames Instrument der Stärkung der Menschenrechtskultur und der Zivilgesellschaft zu unterstützen.